

erschint 6mal wöchentlich, mit Wochensonderheften, Heimat und Welt und dem Kinderbeilage, 'Kochbuch', sowie den Zeitungsbeilagen 'St. Simon-Welt', 'Unterhaltung und Wissen', 'Die Welt der Frau', 'Kunstliche Natur', 'Das gute Buch', 'Kochbuch', 'Monatlicher Zeitschrift' 8 M. einjährig, 24 M. halbjährig, 48 M. vierteljährig, u. Sonntagsnummer 20 4. Geschäftsleiter: Dr. W. Debes, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Verlag: Dresden  
Hauptverleger: Die Leipziger Verlagsgesellschaft 30 J. Familienausgaben u. Einzelhefte 20 4. Die Preisermäßigung, 20 mm breit, 1. A. für Kreislager außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 4. Die Preisermäßigung 1.30 M. Preis 30 4. Im Falle höherer Kosten rücht jede Verantwortlichkeit auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigen-Verträge u. Leistung d. Schutzrechts. Geschäftsleiter: Franz Scharf, Dresden.

Verlagsstelle, Druck-Verlag: Germania, N. A. für Verlag und Druckerei, Nilsche Dresden, Dresden-K. L. Volkersstraße 17, Fernruf 2102, Postfachkonto Dresden 2703. Hauptverleger: Dr. W. Debes, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden-Kohlau 1, Volkersstraße 17, Fernruf 2071  
1095

## Für gleichmäßige Abrüstung!

Eine Entschließung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages

### Young-Anträge abgelehnt

Berlin, 30. Oktober.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages hat gestern gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten und bei Stimmhaltung der Deutschnationalen folgende Entschließung angenommen:

Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Berichtes des Reichsministers des Auswärtigen von dem gegenwärtigen Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung, insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bundesversammlung des Völkerbundes über diese Frage mit größter Enttäuschung Kenntnis genommen. Er muß danach feststellen, daß die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Erfolge erzielt haben. Die Staaten, die mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren im Rückstand sind, haben bei den letzten Genfer Beratungen nicht einmal zu einem Beschluß veranlaßt werden können, der die schnelle Einberufung der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz sicherstellt haben würde.

Deutschland steht somit vor der Tatsache, daß es die ihm auferlegte Verpflichtung zur restlosen Entwaffnung bis zum letzten Punkt hat durchführen müssen, daß ihm aber die vertraglich zugesicherte, längst fällige Gegenseitigkeit immer noch in ihrem ganzen Umfange rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern noch eine Verstärkung der Rüstungen. Der Auswärtige Ausschuss ist der Ansicht, daß dieser Zustand in keinem Widerspruch zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung steht, daß er eine erste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet und daß er aus diesem Grunde völlig unhaltbar ist.

Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schnelle Wenderung der gefährlichen Lage hinarbeite, und daß sie mit äußerstem Nachdruck darauf bestrebt, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundsatz

der paritätischen Sicherheit entspricht und daß sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderungen entsprechend dem in Versailles festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen."

Diese Entschließung ist lebhaft zu begrüßen. Sie wird der Regierung eine wertvolle Handhabe bieten, um in Genf zur rechten Zeit mit allem Nachdruck den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage geltend machen zu können. — Man kann nur wünschen, daß dann der deutsche Vertreter nachdrücklichere Worte (siehe als Dr. Curtius auf der letzten Reichstagssitzung.

Die Anträge auf Revision des Youngplans, die in der gleichen Sitzung des Ausschusses zur Beratung kamen, wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Die Rechte und die Nationalsozialisten stimmten nicht für den kommunistischen Antrag, die Kommunisten umgekehrt nicht für die Anträge der Rechtsparteien. — Damit hat die Regierung in der Revisionenfrage freie Hand behalten. Reichskanzler Dr. Brüning hat in seiner Programmrede vor dem Reichstag betont, daß auch die Regierung im gegebenen Zeitpunkt eine Anpassung der Reparationsverpflichtungen an die veränderte Wirtschaftslage herbeiführen wolle. Es liegt nicht im Staatsinteresse, wenn die Regierung hinsichtlich der Wahl des Zeitpunktes durch die Beschlüsse parlamentarischer Instanzen irgendwie gebunden würde.

### Ein Interview Seechs

Generaloberst a. D. Seechs äußerte sich einem Korrespondenten der United Press gegenüber über die Frage der Abrüstung. „Meiner Ansicht nach“, so erklärte er, „würde die vorbereitende Abrüstungskonferenz im November eine passende Gelegenheit für die deutsche Regierung abgeben, um vor die anderen Mächte mit der Forderung auf Zurückführung aller großen Armeen bis zum deutschen Standard hinzutreten. In dem Falle, daß Deutschland eine juristisch einwandfreie Antwort erhalten würde, sollte es auf eine Revision der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages bestehen und die Parität der Bewaffnung in Uebereinstimmung mit der Größe der Bevölkerung und der geographischen Lage des Landes verlangen.“

In Anbetracht der wirtschaftlichen und finanziellen Notlage Deutschlands würde eine sofortige bedeutende Vergrößerung unserer Armeen nicht möglich sein, aber die Zeit und die Methode einer solchen Vergrößerung müßten der eigenen Entscheidung Deutschlands überlassen werden."

## Auslandskredite und Kapitalflucht

Ein englisches Urteil über die Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland

### Die Schwäche des inneren Markts

London, 30. Oktober.

Die Blätter veröffentlichen Auszüge aus dem Jahresbericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage in Deutschland, den der Handelsattaché in Berlin, Edward, erstattet haben, und der sich auf die Zeit bis zum 30. Juni bezieht. U. a. heißt es darin:

Deutschland braucht zweifellos noch mehr langfristige Auslandsanleihen für seinen normalen Kapitalbedarf und zur Verstärkung seiner Verpflichtungen gegenüber dem Auslande, aber wahrscheinlich in geringererem Maße, als allgemein angenommen wird. Die Kapitalbildung ist bereits beträchtlich, und es handelt sich mehr darum, die verfügbaren Quellen gut auszunutzen, als sie durch Auslandsanleihen zu vermehren. Wie in allen Ländern mit hohen Steuern sind große Summen deutschen Kapitals ins Ausland getrieben worden. Wenn Mittel gefunden werden könnten, dies Geld wieder ins Land zu ziehen, dann würde Deutschland keinen besonderen Grund mehr für Auslandsanleihen haben. Weiter wird auf die zunehmende Neigung des ausländischen Kapitals hingewiesen, sich an der deutschen Industrie direkt zu beteiligen. Was die erste Arbeitslosigkeit betrifft, so ist ihre Hauptursache die Depression des inländischen Marktes. Die Lage würde noch viel schlimmer sein, wenn es den deutschen Fabrikanten nicht gelungen wäre, die Ausfuhr in sehr beträchtlichem Maße zu steigern. Bei Besprechung des englisch-deutschen Handels betont der Bericht, daß seit 3 Jahren der Wert der englischen Einfuhr nach Deutschland ständig abgenommen und der der deutschen Einfuhr nach England ständig zugenommen hat.

### 17 Millionen Fehlbetrag in Preußen

Berlin, 30. Oktober.

Der preussische Finanzminister hat dem Landtag die Uebersicht über die Staatseinnahmen und Staatsausgaben für das Rechnungsjahr 1929 vorgelegt, die, der Postischen Zeitung zufolge, mit einem Fehlbetrag von 17,6 Millionen abschließt.

### Wenderung der Prohibition?

Vor den Kongresswahlen in USA.

London, 30. Oktober. Daily Telegraph meldet aus New York, die Gegner des Alkoholverbotes hielten ihren Sieg für gesichert, denn beinahe 7/8 der Kandidaten für die Wahlen zu beiden Häusern des Kongresses seien gegen das Verbot des Alkoholhandels. Diese Bewegung werde auf den skandalösen Umfang des Alkoholschmuggels und auf die allgemeine Bestechlichkeit zurückgeführt, die bei dem Versuch, die Prohibition des Gesetzes zu erzwingen, hervorgerufen worden sei. Man erwarte, daß der Verkauf von Wein und Bier freigegeben, dagegen der Verkauf von starken Spirituosen unter die Aufsicht der Regierung gestellt werden wird. Alle Parteien seien sich aber einig, daß die öffentlichen Schankstätten, die sogenannten Saloons, nicht wiedereröffnet werden dürfen.

Zum besseren Verständnis des Problems der Prohibition verweisen wir unsere Leser auf den Artikel: 'Amerika vor neuen Aufgaben', den wir im Innenblatt veröffentlichen.

### Kanzlerbesuch

Dr. Heinrich Brüning besuchte am 1. November zum ersten Male als Reichskanzler die sächsische Landeshauptstadt. Die sächsischen Zentrumsanhänger, die Dr. Brüning hier nicht zum ersten Male begrüßen — hat er doch noch auf dem Landesparteitage 1929 des sächsischen Zentrums das Hauptreferat gehalten — rufen ihm diesmal ein besonders herzliches Willkommen zu. Mit dem Dank gegenüber einem Manne, dessen Weitblick und unerschütterliche Ruhe in den letzten Monaten so viel für Deutschland geleistet hat, verbindet sich in ihren Herzen das stolze Bewußtsein, daß dieser Mann zu ihnen gehört, daß sie als Glieder der großen Zentrumsparterie diesen Führer mit auf den Schild gehoben haben, daß sie ihm bei der Reichstagswahl am 14. September ihre Stimmen gegeben haben. Der Besuch des Zentrumskanzlers in Dresden ist den sächsischen Zentrumsanhängern ein neuer Beweis, welche große Bedeutung der politische Einfluß der Zentrumsparterie auch für die sächsische Politik hat.

Tenn ernie, wichtige Fragen von höchster Bedeutung für die sächsische Wirtschaft und die sächsischen Staatsfinanzen sind es, die am Sonnabend zwischen Reichskanzler und Ministerpräsident, zwischen dem Finanzminister des Reiches und Sachsen besprochen werden sollen. Die Stellungnahme der sächsischen Regierung zum Reformprogramm des Reichskabinetts wüßte der Kanzler in persönlicher Aussprache zu klären. Eine Aussprache gleicher Art hat bereits in Stuttgart zwischen dem Kanzler und den verantwortlichen Männern der süddeutschen Staaten — Württemberg, Baden und Hessen — stattgefunden. Daß gerade mit diesen Staaten zuerst Näherungnahme herbeigeführt worden ist, scheint nicht ganz ohne Grund gelinde zu sein. Denn diese drei Staaten, vor allem Württemberg, sind es gewesen, die zuerst die Erkenntnis von der Notwendigkeit sparsamer Finanzwirtschaft der Länder in die Tat umgesetzt haben. Sie haben sich damit vorteilhaft unterschieden von anderen Ländern, in denen zwar von Sparankheit viel geredet, in denen aber mindestens die entscheidende Stelle, das Landesparlament, nicht daran denkt, den Worten Taten folgen zu lassen. Auch Sachsen gehört zu den Ländern, in denen alle Mahnungen zur Sparsamkeit vor den Tücheln des Landtages ungehört verhallen. Man erinnert sich an die geradezu beschwörende Rede, die Finanzminister Dr. Seechs gegen die Bewilligungsfreiheit dieses hohen Hauses gehalten hat — mit dem Erfolg, daß sich für alle von der Regierung als undurchführbar bezeichneten Agitationsanträge eine Mehrheit fand! Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Prof. Dr. Siebert, hat in einer Zuschrift an die Presse der Hoffnung Ausdruck gegeben, Dr. Seechs werde bei der Besprechung am Sonnabend dem Kanzler die abträglichen Wirkungen der Reichsfinanzpolitik auf die Finanzpolitik der Länder klar machen. Wir glauben unferneits, die Regierung Seechs sollte diesen Kanzler der Sachlichkeit begrüßen als den wertvollsten Bundesgenossen im Ringen um eine sachliche Gestaltung der Finanzpolitik in Sachsen.

Daß außenpolitische Probleme gelegentlich des Kanzlerbesuchs in offizieller Form erörtert werden sollen, glauben wir nicht. Wenn Prof. Dr. Siebert in seiner erwähnten Zuschrift der Hoffnung Ausdruck gibt, Ministerpräsident Schickel werde „sozusagen Lage in Auge auf den Chef der Reichsregierung nachdrücklich einwirken, daß er seinen revisionsfeindlichen Standpunkt um des Lebensinteresses des deutschen Volkes willen aufgibt“, so verkennt er u. E. nicht nur die Aufgaben der Sonnabend-Besprechung, sondern auch die Haltung des Kanzlers in der Frage der Young-Revision. Dr. Siebert führt zum Beweise, daß Brüning ein Gegner des Revisionsgedankens sei, eine Stelle aus einem Interview an, das der Kanzler dem Vertreter eines französischen

### Neu:

St. Vennoblat  
Unterhaltung und Wissen  
Die Welt der Frau

Der 31. Oktober ist in Sachsen Haastlicher Feiertag. Die nächste Nummer der SZ. kommt daher am Sonnabend, 1. November, zur Ausgabe.

4-Jah z. Dresden Stadtbiblio-  
1095